

**POLITISCHES POSITIONSPAPIER**

Langfristig mehr Nachwuchs beruflich qualifizieren: Ausbildungsoffensive statt Umlage

Zur Schaffung hochwertiger Bildungschancen im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele und zur Sicherung des Berliner Fachkräftenachwuchses ist es erforderlich, langfristig noch mehr junge Menschen in eine duale Berufsausbildung zu integrieren. Von der Berliner Wirtschaft wird erwartet, dass sie einen Beitrag zu diesem gemeinsamen Ziel leistet. Zum Berliner Ausbildungsstart 2022 hat die Berliner Wirtschaft trotz Auswirkungen der Pandemie und des Ukraine-Krieges ihr Ausbildungsangebot deutlich erhöht. Das Potenzial noch suchender, gemeldeter Bewerberinnen und Bewerber sowie offener, gemeldeter Ausbildungsplätze ist inzwischen fast gleich hoch, bleibt aber auf hohem Niveau unausgeschöpft – die nicht gemeldeten Plätze gar nicht eingerechnet. Die vom Senat geplante Ausbildungsumlage schafft keine Lösung, dieses Potenzial besser auszuschöpfen und mehr junge Menschen in duale Ausbildung zu bringen. Stattdessen kann das Ziel erreicht werden, indem die Schulqualität substantiell gesteigert, eine konzertierte Ausbildungs- und Vermittlungsoffensive umgesetzt und die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen auf dieses Ziel ausgerichtet werden. So kann es gelingen, mehr Jugendliche in duale Ausbildung zu vermitteln und die Zahl der Ausbildungsbetriebe und -verträge langfristig zu steigern.

Potenzial suchender Unternehmen und Bewerber ist gleichauf und bleibt unausgeschöpft

Auf dem Berliner Ausbildungsmarkt haben Jugendliche mit Blick auf die aktuell noch offenen Ausbildungsstellen laut aktueller Statistik der Bundesagentur für Arbeit (August 2022) eine Eins-zu-Eins-Situation. In Berlin sind aktuell 5.663 betriebliche Ausbildungsstellen unbesetzt und 6.003 Jugendliche unversorgt. Die Zahl der unbesetzten Plätze ist auf einem Zehnjahreshoch. In der Metropolregion Berlin-Brandenburg kommen auf jeden Ausbildungssuchenden sogar 1,22 offene Plätze. Mit Blick auf diese Zahlen trifft die Annahme, Berliner Unternehmen würden nicht ausreichend Ausbildungsstellen anbieten bzw. Jugendlichen in Berlin stünden nicht ausreichend Plätze zur Verfügung, schlicht nicht zu.



Hinzu kommt, dass **40 Prozent** der befragten Ausbildungsunternehmen aus der IHK-Aus- und Weiterbildungsumfrage (2022) angegeben haben, ihre angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen zu können.



34 Prozent gaben an, dass sie keine Bewerbungen erhalten haben.



64 Prozent sagten, dass keine geeigneten Bewerbungen vorlagen. Das Potenzial, langfristig mehr jungen Nachwuchs beruflich zu qualifizieren, ist vorhanden. Die zunehmenden Matching- und Passungsprobleme verhindern dies allerdings bislang.



Ausbildungsumlage trägt nicht zur Lösung bei

Die Einführung einer Ausbildungsumlage verfolgt zwar das gemeinsame Ziel, mehr Jugendliche in die duale Ausbildung zu bringen und somit beruflich zu qualifizieren. Sie vermag es aber nicht, die bestehenden Matching- und Passungsprobleme zu lösen. Weiter belastet die Umlage Ausbildungsunternehmen gleich doppelt, die ausbilden wollen, aber keine geeigneten Bewerber finden.

Selbst aktive Ausbildungsbetriebe lehnen Umlage als ungeeignet ab



Laut IHK-Aus- und Weiterbildungsumfrage 2022 haben sich **58 Prozent** der Ausbildungsbetriebe, die laut Zieldefinition des Senats von einer Umlage profitieren sollten, gegen eine Beteiligung von Nichtausbildungsbetrieben an den Kosten der ausbildenden Betriebe ausgesprochen.



24 Prozent der befragten Ausbildungsbetriebe befürworten bei der Frage der Ausgestaltung einer Kostenbeteiligung durch Nichtausbildungsunternehmen eine staatlich geregelte Ausbildungsumlage.



13 Prozent der Betriebe sprechen sich für eine Selbstverpflichtung der Unternehmen aus, andere Formen der Nachwuchsqualifizierung anzubieten (z. B. Praktika oder duale Studienplätze).

Land fehlt Gesetzgebungskompetenz zur Einführung einer Ausbildungsumlage

Des Weiteren stellt sich die Frage, ob das Land Berlin bei der Einführung einer Ausbildungsumlage überhaupt gesetzgeberisch tätig werden darf. Die IHK Berlin ist der Auffassung, dass die Gesetzgebungskompetenz für die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe beim Bund liegt. Grund hierfür ist, dass der Bund mit dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz und

den anschließenden Gesetzgebungsaktivitäten bereits diesen Bereich regelt. Denn die Länder haben grundsätzlich nur die Gesetzgebungskompetenz solange der Bund von dieser nicht Gebrauch macht. Sie fehlt also im Falle einer landesspezifischen Ausbildungsumlage aufgrund der Sperrwirkung durch den Bundesgesetzgeber.

Schulqualität steigern

Das breite Spektrum an Ausbildungsberufen ermöglicht einen Einstieg in das Arbeitsleben für verschiedenen Qualifikationsniveaus und Schulabschlüsse. Es bedarf jedoch einer grundlegenden Ausbildungsreife, um eine duale Ausbildung erfolgreich durchlaufen und abschließen zu können. Hier hat Berlin einen enormen Aufholbedarf: **86 Prozent** der Berliner Schülerinnen und Schüler des achten Jahrgangs an den Integrierten Sekundar- und Gemeinschaftsschulen erreichten 2022 nicht die Regelstandards im Fachbereich Mathematik. Über **50 Prozent** dieser Schülergruppe lag bei der Lesekompetenz unter dem Mindeststandard. Wenn die Berliner Politik mehr jungen Menschen hochwertige Bildungschancen ermöglichen und Nachwuchs für ein dauerhaftes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum sichern möchte, dann sollte sie zwingend bei der Schulqualität ansetzen. Insbesondere für die Integrierten Sekundar- und Gemeinschaftsschulen müssen zeitnah Maßnahmen folgen, die Vermittlung der Basiskompetenzen in den Kernfächern sicherstellen.

Ausbildungsoffensive in den Fokus nehmen

Eine konzertierte Ausbildungsoffensive mit allen Akteuren der beruflichen Bildung verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz mit gezielten Maßnahmen für Unternehmen und potenzielle Nachwuchskräfte gleichermaßen. Die IHK Berlin ist in Vorleistung gegangen und arbeitet seit Anfang 2022 an einer solchen Offensive. Ziele der IHK-Ausbildungsoffensive sind:

- Schaffung von mehr Ausbildungsmöglichkeiten durch Reaktivierung ehemaliger Ausbildungsbetriebe
- Matching zwischen ausbildenden Unternehmen und nachfragenden Jugendlichen verbessern
- Digitale Bildungsinnovationen ermöglichen
- Image der dualen Ausbildung verbessern



- Ausbildungsbotschafter schulen und in die Schulen vermitteln. Konkret bedeutet das, junge Menschen noch besser in Schulen zu erreichen, die laufende Kampagne zur Ausbildung (www.ausbildung.berlin) zu verstetigen und um die Plattform praktikum.berlin zu erweitern. Ziel ist es, Jugendlichen durch mehr Praxiserfahrung eine bessere Berufsorientierung und einen schnelleren, passgenaueren Einstieg in die Berufsausbildung zu ermöglichen sowie Unternehmen und ihre offenen Plätze besser sichtbar zu machen.

Zudem ist die Einrichtung und Nutzung neuer Innovationsräume geplant. Gemeinsam sollen unter anderem auch mit Bildungs-Start-Ups proaktiv neue Lösungen für bestehende hartnäckige Bildungsherausforderungen erarbeitet werden. Hierbei kann explizit auch eine bessere Nutzung des Potenzials offener Ausbildungsstellen zur Steigerung der Anzahl junger Menschen in Ausbildung im Fokus stehen.

Unterstützen statt bestrafen

Will die Politik Einstiege in berufliche Ausbildung dauerhaft stärken, sollten Hürden für Unternehmen evaluiert und bestehende Unterstützungsmaßnahmen gezielt angepasst werden. So können sich Ausbildungsbetriebe laut einer breit angelegten IHK-Umfrage (Ausbildungsmarkt von morgen, 2021) unter anderem unter den folgenden Aspekten vorstellen, ihr Ausbildungsangebot weiter auszubauen:

- Passgenauere Unterstützungsinstrumente für Auszubildende (Bildungsbegleitung in der Berufsschule, Nachhilfe zu Fachtheorie, Sprachförderung)
- Förderung der Erstqualifizierung von neuem Ausbildungspersonal (Vorbereitung AEVO) oder Unterstützung der Weiterentwicklung von bestehendem Ausbildungspersonal

Diese Unterstützungsmöglichkeiten könnten in die bestehende Richtlinienförderung des Landes Berlin aufgenommen werden.

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Hochwertige Bildungschancen durch Stärkung der Schulqualität steigern
- Gemeinsame Praktikums- und Ausbildungsinitiative umsetzen
- Unterstützungsmaßnahmen in der Ausbildung evaluieren und gezielt anpassen

Ziele für die nachhaltige Entwicklung

Die vorliegende Position nimmt Bezug auf die folgenden Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen:



Hintergrund Positionspapier



Die IHK Berlin bezieht Aspekte nachhaltiger Entwicklung explizit und transparent in die Vertretung des Gesamtinteresses der Berliner Wirtschaft ein. Die vorliegende Position spiegelt das differenzierte Meinungsbild der Berliner Wirtschaft samt Mehrheits- und Minderheitenmeinungen wider. Sie ist Ergebnis einer breit angelegten Konsultation der IHK-Ausbildungsunternehmen und anschließender Legitimierung durch die IHK-Vollversammlung. Externe Akteure wurden zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimensionen von Nachhaltigkeit einbezogen und gehört.

ANSPRECHPARTNER:IN 

Yvonne Meyer

Telefon: +49 30 31510-547

E-Mail: yvonne.meyer@berlin.ihk.de